

## **Unterrichtung**

durch den Präsidenten des Landtages des Saarlandes

### **Stellungnahme der Landesregierung**

**zu Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR)  
vom 15. Mai 2009**

**– Landtagsdrucksache 13/2422 –**

1. Nutzung Erneuerbarer Energien in der Großregion
2. Einführung eines Interreg-Projektes im Bereich des Verkehrswesens
3. Weiterer Ausbau der Mosel als moderner Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft
4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung in der Großregion
5. Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg
6. Grenzüberschreitender polizeilicher Opferschutz in der Großregion

Die Stellungnahmen sind nachstehend zu Ihrer Information beigefügt.

Hans Ley  
Präsident des Landtages

## 1. Nutzung Erneuerbarer Energien in der Großregion

Die Landesregierung hat die Empfehlungen des interregionalen Parlamentarier-Rates zur Kenntnis genommen. Sie begrüßt die Arbeit der beiden Kommissionen „Wirtschaftliche Fragen“ und „Umwelt und Landwirtschaft“, die sich mit der Ermittlung des Potenzials der Erneuerbaren Energien in der Großregion beschäftigt haben.

Auch die saarländische Landesregierung spricht sich für eine nachhaltige Entwicklung unter Einbindung aller umweltbewussten Mitbürgerinnen und Mitbürger aus, um die Erneuerbaren Energien in der Großregion voranzubringen.

Die im Einzelnen enthaltenen Vorschläge der beiden Kommissionen werden schon heute durch das Saarland unterstützt.

Im Klimaschutzbericht des Saarlandes wurden bereits 2008 die Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung der Klimaschutzpolitik aufgezeigt.

Zahlreiche bisherige Förderprogramme und auch die aktuellen, wie z.B. das Zukunftsenergieprogramm Kommunal (ZEP Komm) und das Zukunftsenergieprogramm Technik (ZEP Tech) sind Maßnahmen zur Unterstützung einer stärkeren Nutzung von Erneuerbaren Energien.

Durch das Interreg-Projekt RUBIN wurden Biomasse-Potentiale der Großregion und Möglichkeiten für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Großregion ermittelt. Die Verwendung der Biomasse erhält mit der Förderung von Biogasanlagen durch das ZEP Tech weitere Anreize.

Ein weiterer Baustein ist die Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Privatbereich, auch die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen, Energieeinsparpotentiale zu eruieren und Maßnahmen zu einer nachhaltigen Energieeinsparung zu betreiben. Die Informations- und Beratungskampagne „Clever saniert“ berät umweltbewusste Bürger, wie sie Energie einsparen und erneuerbare Energien zum Einsatz bringen können.

Die saarländische Landesregierung ist ein verlässlicher Partner, um mit dem IPR eine aktive und auch nachhaltige Klimaschutzpolitik zu gestalten.

## **2. Einführung eines Interreg-Projektes im Bereich des Verkehrswesens**

Die saarländische Landesregierung begrüßt die Empfehlung des IPR zur Einführung eines Interreg-Projektes im Bereich des Verkehrswesens. Sie entspricht den im „Zukunftsbild 2020“ entwickelten Perspektiven für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Großregion.

Die Bewältigung der Verkehrsströme in der Großregion stellt eine große Herausforderung dar. Ein funktionierender ÖPNV mit attraktiven Angeboten sowohl für Pendler als auch für Gelegenheitsnutzer ist hierfür unverzichtbar. Eine gemeinsame Strategie für den ÖPNV in der Großregion kann zu einer weiteren Verbesserung des Verkehrsangebotes beitragen.

Von daher unterstützt die saarländische Landesregierung den Ansatz des WSAGR, eine Bestandsanalyse der aktuellen Situation des ÖPNV in der Großregion durchzuführen und den weiteren Handlungsbedarf in diesem Bereich zu bestimmen. Sie hat sich daher bereit erklärt, entsprechende Mittel für die Kofinanzierung einer solchen Vorstudie zur Verfügung zu stellen.

### **3. Weiterer Ausbau der Mosel als moderner Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft**

Die saarländische Landesregierung begrüßt die Empfehlung des IPR betreffend den weiteren Ausbau der Mosel als moderner Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft.

Die Mosel ist als Transportweg für das Saarland von besonderer und wachsender Bedeutung. Durch das beschlossene Auslaufen des Steinkohlenbergbaus an der Saar wird sich kurzfristig ein zusätzlicher Bedarf an Importkohle von ca. 3,7 Mio. t/Jahr für die saarländische Stahl- und Energiewirtschaft ergeben. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass dadurch zusätzliche Schiffstransporte in einer Größenordnung von ca. 2 Mio. t/Jahr erforderlich werden.

Bereits heute reicht jedoch die Kapazität der Schleusenammern zwischen Koblenz und Trier nicht aus. Ursprünglich für eine Gütermenge von bis zu 10 Mio. t/Jahr ausgelegt, müssen sie jetzt rd. 15 Mio. t/Jahr bewältigen.

Ein Ausbau der Moselschleusen ist daher für die saarländische Landesregierung unverzichtbar. Nachdem es gelungen ist, den Bau aller zweiten Schleusenammern zwischen Trier und Koblenz im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu verankern, geht es nun um eine zügige Realisierung der Maßnahmen. Während die Schleusen bei Zeltlingen und Fankel fast fertig gestellt bzw. im Bau sind, ist - nach derzeitigem Planungsstand - mit einem Abschluss des Gesamtprojektes in 2030 zu rechnen. Nach Auskunft des für den Ausbau der Wasserstraßen zuständigen Bundes sei eine schnellere Durchführung aufgrund des Mangels an Ingenieurkapazitäten bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund prüfen das Saarland, Rheinland-Pfalz und das Großherzogtum Luxemburg derzeit die Möglichkeit, durch entsprechende Beiträge der Länder bzw. des Großherzogtums im Personalbereich einen früheren Abschluss des Gesamtprojektes erreichen zu können.

#### **4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung in der Großregion**

Die Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) betreffend die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung in der Großregion sind eine hervorragende Ergänzung der erklärten Motive des kommenden Gipfels der Großregion, der sich das Motto „Mobilitätsinitiative der Großregion“ erwählt hat. Ziel dieses Gipfels ist es, mit gemeinsamen Maßnahmen Auswege aus der aktuellen Wirtschafts- und Strukturkrise zu finden und deren Folgen in der Großregion gemeinsam zu bewältigen. Hierzu gehört auch, die Mobilität auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten zu verbessern. Die Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates sind besonders geeignet, diese Zielsetzung zu unterstreichen und zu fördern.

Zur operationellen Durchsetzung dieses Mobilitätszieles wurde das Saarland bereits mit der Einrichtung einer „Task Force Grenzgänger“ vom Gipfel beauftragt. In Übereinstimmung mit der Grundlage des Regierungshandels, dem „Zukunftsbild 2020“, ist das Saarland bereit, entsprechende Vorleistungen zu erbringen. Es geht nicht nur um neuen Schwung und Bewegung in der Umsetzung bestehender Projekte. Die Mobilitätsinitiative soll auch die innere Struktur der Großregion im Sinne des „Zukunftsbildes 2020“ voranbringen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die dabei vom IPR formulierten Einzelansätze sind wesentlicher Teil der Aufgabe der Task Force, die sich neben Sozial- und Arbeitsrecht sowie Steuerfragen auch ausdrücklich mit Inhalten und Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen beschäftigt.

Unstrittig ist: das Zusammenwachsen Europas hat die Wirtschaftssituation verändert. Auch regionale Akteure müssen sich zunehmend einem internationalen Wettbewerb stellen. Davon sind zunehmend neben den großen Unternehmen auch die kleinen und mittleren Unternehmen betroffen.

In der Großregion mit ihren ohnedies traditionell engen Wirtschaftsbeziehungen spielt der Austausch von Waren und Dienstleistungen eine besonders starke und wachsende Rolle.

Daraus ergeben sich besondere Anforderungen für die zukünftigen Nachwuchskräfte. Die Wirtschaft benötigt fachlich gut ausgebildete Mitarbeiter, die durch ihre Ausbildung in der Lage sind, fachlich und sprachlich grenzüberschreitend zu arbeiten und für ihre Unternehmen erfolgreich zu sein.

Die Förderung der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung in der Großregion mit dem Ziel einer stärkeren beruflichen Mobilität stellt daher einen wichtigen Beitrag für die Fortentwicklung der Region als einheitlichen europäischen Wirtschafts- und Lebensraum dar, der mit einer internationalen Konkurrenz mithalten kann. Dabei stellt die Transparenz von Qualifikation in Hinblick auf Gleichwertigkeit und Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse und ihre gegenseitige Anerkennung eine Grundvoraussetzung dar.

Bereits in Vorjahren hat der Interregionale Parlamentarierrat Empfehlungen zur beruflichen Ausbildung formuliert und in die praktische Umsetzung begleitet, beispielsweise zu Ausbildungsgängen in der Land- und Weinbauwirtschaft für die Region Belgien-Luxemburg.

Mittlerweile gibt es weitere Ansätze zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung. Zusammen mit dem DIHK und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Mai 2009 ein Programm „Berufsbildung ohne Grenzen - Mobilitätsberatung für Auszubildende“ gestartet. Für den Aufbau einer nationalen Beratungsstruktur für Unternehmen stehen derzeit 16 Mio. € zur Verfügung.

Darüber hinaus können Jugendliche in Ausbildung, analog wie Studierende, über das EU-Programm Leonardo gefördert werden.

Diese Ansätze reichen aber nicht aus. Da insbesondere Betriebe während Auslandsaufenthalten ihrer Auszubildenden für deren Ausbildungsvergütung und ggf. zusätzliche Aufenthaltskosten aufkommen müssen, erwägt das Saarland, hier das Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft, im Rahmen seiner Ausbildungsförderung Betriebe und Jugendliche bei Ableisten von Ausbildungsteilen in Unternehmen der Großregion zu fördern. Angedacht werden derzeit die Förderung von Fachsprachkompetenz, in Zusammenarbeit mit den Kammern die Ansprache von Unternehmen, die Standorte in verschiedenen Ländern der Großregion haben, sowie die Unterstützung von Verbänden.

Ein vielversprechender Ansatz hat sich dazu im Landkreis Saarlouis entwickelt, wo der Bildungsträger VAUS (Verbundausbildung Untere Saar) gezielt mit seinem Jobstarter Projekt "PontSaarLor - Brücken zwischen Schule und Wirtschaft in der saarländischen Grenzregion" Jugendliche aus Deutschland und Frankreich in Ausbildung betreut. Neben der Einwerbung von Ausbildungsplätzen ist ein Hauptziel die qualitative Förderung der Ausbildung und der Auszubildenden durch Vermittlung von beruflichen Erfahrungen im jeweiligen Nachbarland.

Mit der Umsetzung der Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) könnte so in der Tat ein nachahmenswertes Vorbild für andere Regionen der EU geschaffen werden, das beispielgebend ist.

## 5. Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg

Die Großregion befindet sich in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel. Es sind insbesondere vier Entwicklungen, die die Großregion in den nächsten Jahren prägen werden: der Strukturwandel, der demografische Wandel, die Globalisierung und die rasante technologische Entwicklung. Die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die Zukunftsfähigkeit der Region werden wesentlich davon abhängen, wie schnell und erfolgreich auf diese Veränderungen und die damit verbundenen Herausforderungen reagiert werden kann.

Dies wiederum bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeits- und Berufswelt. Das Anspruchsniveau an die Auszubildenden und Beschäftigten auf der einen Seite und an Ausbildungs- und Fortbildungsgänge auf der anderen Seite wird sich in der Folge permanent verändern.

Der technische Fortschritt wird auch weiterhin zu steigenden Anforderungen in technisch-gewerblichen Ausbildungsgängen führen, der anhaltende Wandel zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft wird die Anforderungen an die sozialen, personalen und methodischen Kompetenzen erhöhen und die Internationalisierung der Warenströme und die Globalisierung der Märkte erfordert zunehmend interkulturelle Kompetenzen von den Beschäftigten.

Durch den demografischen Wandel und durch die Dynamik in der Entstehung von Wissen, Technologien und Verfahren muss Lernen für alle Beschäftigten zum Bestandteil aller Lebensphasen werden. Bildungs- und Lernphasen werden sich stärker als bisher auf die gesamte Erwerbsbiographie verteilen müssen. Die Entwicklung hin zum lebenslangen Lernen wird in Zukunft die Voraussetzung für den Erhalt und den Ausbau der individuellen Beschäftigungsfähigkeit sein.

Zur Sicherstellung des qualifizierten Fachkräftebedarfs und damit auch der Wettbewerbsfähigkeit der Region ist es erforderlich, dass die Systeme der beruflichen Bildung auf diese Herausforderungen reagieren. Qualitative und quantitative Anpassungen müssen zeitnah, passgenau und idealerweise auch grenzüberschreitend erfolgen.

Innerhalb der Grenzregion ist es deshalb naheliegend, den Blick nicht nur auf den nationalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu richten. Vielmehr müssen die Möglichkeiten in der gesamten Region in den Blick genommen werden, um vorhandene Bildungspotenziale und Bildungsinfrastrukturen optimal zu nutzen und so im Wettbewerb der Regionen einen wesentlichen Vorteil zu erlangen.

Die Empfehlung des IPR für eine Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg kann hierzu einen Beitrag leisten. Inwieweit die Vorhaben auch auf die anderen Länder der Großregion übertragen und dort dann auch umgesetzt werden können, muss von den zuständigen Stellen überprüft werden. Im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Regelungen gibt es bereits heute eine Reihe von Möglichkeiten, diese gilt es zu identifizieren und stärker als bisher zu nutzen.

Mit Blick auf eine weiter reichende Harmonisierung der Berufsausbildungen in der Großregion ist allerdings zu bedenken, dass die Ausbildungen in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich geregelt sind. Hinzu kommt, dass in Deutschland die Verantwortung für die duale Ausbildung beim Bund und den Sozialpartnern liegt und die Gestaltungsmöglichkeiten des Saarlandes an dieser Stelle nur begrenzt sind.

Gerade für solche rechtlichen und administrativen Hemmnisse, die der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität entgegenstehen, wie zum Beispiel im Sozialrecht, im Arbeitsrecht, bei der Besteuerung und eben auch bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, sollen sinnvollerweise künftig durch die "Task Force Grenzgänger", deren Einrichtung vom Gipfel der Großregion bereits beschlossen ist, in Zusammenarbeit mit den regional und national verantwortlichen Lösungen gefunden werden. Dabei sollte auch ein besonderes Augenmerk auf die Harmonisierung der Lehrlingsausbildung in der Großregion gelegt werden, da dort zukünftig ein wachsender Bedarf an Fachkräften mit Auslandserfahrung, interkultureller Kompetenz und Fremdsprachenkenntnissen bestehen wird.

Im Hinblick auf die Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion zu grenzübergreifenden Partnerschaften bzw. grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen Ausbildungsbetrieben und/oder Beruflichen Schulen sei exemplarisch auf die Lehrlingsausbildung der Buchbinder verwiesen. Hier werden seit dem Schuljahr 2008/2009 luxemburgische, saarländische und rheinland-pfälzische Auszubildende gemeinsam in Luxemburg beschult. Darüber hinaus wird ab dem Schuljahr 2009/2010 eine Auszubildende zur Kauffrau für Versicherungen und Finanzen eines luxemburgischen Unternehmens als Gastschülerin an der Berufsschule in Saarbrücken-Halberg beschult werden. Nach drei Jahren wird sie von der IHK Saarland als Externe zur Abschlussprüfung zugelassen.

## 6. Grenzüberschreitenden polizeilichen Opferschutz in der Großregion

Die Regierung des Saarlandes begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) vom 15.05.2009 und unterstützt die darin zum Ausdruck gebrachte Forderung einer Weiterentwicklung und umfassend vernetzten Etablierung des polizeilichen Opferschutzes als zentralen Beitrag, um Sicherheit und Lebensqualität in der Großregion zu erhöhen.

Im Zeitalter der Globalisierung reisen mehr und mehr Menschen ins Ausland, arbeiten oder studieren dort. Arbeitsmärkte wachsen zusammen; die Verflechtungen in den Lebensbereichen nehmen zu. So beträgt die Zahl der Grenzgänger in der Großregion derzeit bereits rund 200.000 und sie wächst weiterhin an. Während ihres Aufenthaltes außerhalb des Heimatstaates können auch die Reisenden, Pendler und Studenten Opfer von Straftaten werden.

Der Rahmenbeschluss des Rates vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren (Amtsblatt EG L 82/1 vom 22.03.2001) leistet europaweit einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Opfer vor Kriminalität. Die darin enthaltenen Vorgaben beziehen sich nicht nur auf das Gerichtsverfahren als solches, sondern umfassen ebenso Unterstützungsmaßnahmen vor und nach dem Strafverfahren, insbesondere auch durch die Polizei.

Die vom Saarland geleitete Projektgruppe „Interregionale Kriminalprävention“ in der „AG Sicherheit und Prävention“ der Regionalkommission SaarLorLux, Trier/Westpfalz, Wallonie hatte am 06. November 2004 auf ihrer 6. Sitzung in Metz beschlossen, eine interregionale Konferenz zum polizeilichen Opferschutz durchzuführen. In ihren Beratungen stellte das Gremium fest, dass in allen Teilen der Großregion zunehmend Opfer – ob Verbrechen- oder Verkehrsunfallopfer – in den Fokus kriminalpolitischer Betrachtungen rücken.

Am 06. Oktober 2005 fand diese Interregionale Konferenz in Saarbrücken statt. Ergänzend zu dieser Vortragsveranstaltung untersuchte der Opferschutzbeauftragte im Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes den polizeilichen Opferschutz in der Großregion in einer vergleichenden Betrachtung.

Die Projektgruppe arbeitete die Handlungsempfehlungen für den polizeilichen Opferschutz in der Großregion aus diesem Untersuchungsergebnis auf und erarbeitete einen Umsetzungsvorschlag.

Zur Orientierung potentieller Opfer aus den Nachbarregionen (z.B. Touristen, Berufspendler) wurde vorerst in deutscher und französischer Sprache ein Faltblatt erarbeitet, in dem opferschutzbezogene Informationen und Präventionshinweise zu den jeweiligen Regionen ihres Aufenthaltes enthalten sind.

Zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit wurde ein mehrsprachiger Internetauftritt entwickelt, der die Internetseiten der Polizeien ergänzen soll und der vom Gipfel der Großregion betreut wird ([www.grossregion.net](http://www.grossregion.net)).

Eine Plakataktion „Opferschutz – Wir helfen gemeinsam“ soll auf den Polizeistationen an die polizeiliche Aufgabe erinnern.

Die Ergebnisse der Projektarbeit wurden am 05. Mai 2009 im Rahmen der Europawoche in Saarbrücken vorgestellt.